

**Israelisch-Palästinensisch-
Europäischer Nahost-
Workshop in Brüssel:**

Während in Annapolis am 27. November 2007 auf Initiative der USA der Versuch unternommen wurde, den Bemühungen um Frieden im Nahen Osten neuen Atem einzuhauchen, diskutierten im Europabüro der FES in Brüssel hochrangige Politiker und Experten aus Israel, den Palästinensischen Gebieten und Europa, ob die Zeit reif sei für Endstatus-Verhandlungen und unter welchen Umständen der von den USA vorgeschlagene Weg Aussicht auf Erfolg habe.



Baruch Spiegel, Itamar Ya'ar, Sidonie Wetzig, Ernst Stetter, Jamila Madeira, Sahar Quawasmi, Dani Zatom, Shlomo Brom, Hermann Bünz, Nasser Al Quadwa, Knut Dethlefsen, Reiner Breuel, Shaul Arielli, Ingrid Ross

Der Nahost-Workshop vom 27. – 28. November 2007 in Brüssel, der seit nunmehr drei Jahren gemeinsam von dem FES Büros in Ost-Jerusalem, in Tel Aviv und dem Europabüro in Brüssel organisiert wird, diente als Forum für einen informellen Dialog insbesondere zwischen Entscheidungsträgern der Konfliktregion. Solche Gespräche sind leider derzeit in der Region kaum möglich.

Diese „Nahost-Brüssel-Gespräche“ dienen auch dazu, den Meinungs austausch zwischen Israelis, Palästinensern und Vertretern der Europäischen Union in Brüssel arbeitenden Think Tanks zu fördern.

Einig waren sich die israelischen und palästinensischen TeilnehmerInnen, unter ihnen der ehemalige palästinensische Außenminister Nasser Al-Qudwa und der Knessetabgeordnete Dani Yatom, über die dringende Notwendigkeit endlich in der Region Frieden zu schaffen.

In beiden Lagern gewinnen Extremisten und Radikale in der verfahrenen Lage nach der Übernahme der Hamas im Gazastreifen und dem Fiasko des unilateralen Rückzugs Israels aus dem Gazastreifen Zulauf. Es wurde Skepsis deutlich, ob das Treffen in Annapolis eine positive Dynamik entwickeln könnte. Strategische Sicherheitsüberlegungen in der regionalen Nahostpolitik, die die Bedrohung durch das Streben nach der Atombombe des Iran, den krisengeschüttelten Libanon und die ambivalente Rolle Syriens in Betracht ziehen, haben der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts eine neue Dringlichkeit verliehen.

Enttäuschung machte sich jedoch im Laufe der Diskussion breit, als deutlich wurde, dass die in Annapolis verlesene Erklärung die zu lösenden Endstatus-Fragen noch nicht einmal beim Namen nannte. Es wurden Zweifel geäußert, ob eine baldige Einigung in dem

ambitionierten Fahrplan, der das Ende der Amtszeit Bushs 2008 als Frist für die Konfliktlösung nennt, erreicht werden kann.

Von beiden Delegationen wurde gewünscht, die EU noch stärker einzubinden. Die an der Konferenz teilnehmenden Mitglieder des Europäischen Parlaments, unter anderem dessen Vizepräsident Marek Siwiec, erklärten, dass sich Brüssel durchaus seiner Verantwortung bewusst sei und dass sich das Engagement der EU in der Region in einem Prozess der Intensivierung und Anpassung befände.

Die finanzielle Unterstützung der EU hat nach wie vor für die Palästinensischen Autonomiegebiete eine überlebenswichtige Bedeutung. Jedoch wurde diskutiert, wie die EU über ein bloßes Krisenmanagement und notwendige finanzielle Unterstützungen hinaus in der Region nachhaltig an Einfluss gewinnen kann und soll. Ihren Beitrag zur Verwirklichung der in Annapolis angestoßenen Friedensinitiative sieht die EU insbesondere darin, die Palästinenser im Prozess ihrer Staatenbildung noch nachhaltiger zu unterstützen. Die im Vorfeld der Konferenz in den USA von Javier Solana vorgestellte EU-Aktionsstrategie wurde als positives Signal für ein langfristiges strategisches Engagement wahrgenommen.

Der Rahmen des Workshops ermöglichte den TeilnehmerInnen während der beiden Konferenztage intensiv und ohne Vorbehalte miteinander zu kommunizieren. Reizthemen wie das Rückkehrrecht der Flüchtlinge und der jüdische Charakter des israelischen Staates wurden nicht ausgespart. Der Dialog trug erfolgreich zu einer Annäherung und Vernetzung der TeilnehmerInnen beider Konfliktparteien bei. Er bezog europäische Entscheidungsträger mit ein und lieferte wichtige Anknüpfungspunkte für eine verstärkte Kooperation.